

Vergesellschaftung statt Kleineigentum

Aber selbst wenn der Volksentscheid umgesetzt worden wäre, hätte er doch nur zur Folge gehabt, dass der Wohnungsmarkt neu aufgeteilt wird. Nicht die Tatsache, dass es überhaupt einen Markt mit Wohnungen gibt scheint das Problem zu sein, sondern nur, wie diese unter den Unternehmen verteilt sind. Es ist aber keine Lösung, die Wurzel des Problems, nämlich die kapitalistische Wirtschaftsform, unberührt zu lassen!

Die einzige Möglichkeit um diese Probleme zu beenden, wäre die konsequente Vergesellschaftung allen Grund und Bodens und damit aller Wohnungen.

Nur indem der Wohnungsmarkt als solcher beseitigt wird und die Wohnungen in gesellschaftliche Hand gelegt werden, kann eine gerechte Wohnungspolitik funkti-

onieren!

Die Mär der „Chancengleichheit“ im Kapitalismus ist eine Lüge derer die heute die Fabriken sowie Grund und Boden besitzen, um die angeblichen gleichen Möglichkeiten in diesem System zu belegen. Der Volksentscheid war daher gut gemeint, von Anfang an aber dem Untergang geweiht, da er weiter versucht innerhalb des kapitalistischen Systems Probleme zu bewältigen, die nur durch eben dieses System ermöglicht wurden.

Eine Bewegung der Mieter:innen aufbauen

Um gegen diese katastrophale Situation vorzugehen müssen wir aktiv werden und eine geeinte Mieter:innenbewegung von unten aufbauen. Eine Bewegung die kein Vertrauen in den Staat, mit seiner Verachtung für uns, noch in die Unternehmen, mit ihrem Klassen-

kampf von oben, setzen wird!

Eine Bewegung, die die Kämpfe gegen den Mietensinn mit den Streiks im Betrieb vereint und den eigentlichen Auslöser dieser Misere klar benennen kann: Die kapitalistische Produktionsweise und ihre gnadenlose Logik der Kapitalakkumulation. Denn unsere Probleme als Mieter:innen verbinden sich mit unserer Ausbeutung als Arbeiter:innen.

Deshalb sollten wir Aktionstage wie den jährlichen Housing-Action-Day, am 26.03. nutzen, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen und für ihre Lösung sowie unsere Solidarität mit allen Mieter:innen und Arbeiter:innen im Kampf gegen ihre Ausbeutung von oben, auf die Straße zu gehen!

Weitere Informationen:
housing-action-day.net
soli-net.de/HAD2022

PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveonline
instagr.am/perspektiveonline

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Bild 1: frauenkollektiv.de; Bild 2: Von Autor unbekannt - Luxemburg, Rosa - Bio, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=888791>; Bild 3: housingnotprofit.org

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

8. März: Frauenkampftag statt Feiertag

– von Olga Wolf –

Jede Regierungspartei wirbt für die Ampelkoalition als eine feministische Regierung – dann müssen wir ja nur noch warten, bis der 8. März als Weltfrauentag bundesweit zum Feiertag wird! Oder nicht?

Zwar besetzt nun mit Olaf Scholz ein Mann das Kanzler:innenamt, der sagt aber von sich selbst: „Gerade deshalb bin ich Feminist. Für mich war immer klar: Frauen gehört die Hälfte der Macht.“

Er schlussfolgert: Das Kabinett, dem er nun vorsitzt, muss paritätisch besetzt sein. Das bedeutet, dass Männer und Frauen – geschlechtliche Vielfalt ist in der SPD noch nicht angekommen – zu gleichen Teilen im Kabinett vertreten sind. Können wir als kämpferische Frauen also an diesem 8. März, nach mehr als hundert Jahren Frauenkampf, eine Verschnaufpause einlegen? Vonnweg!

Frauen schultern die Krisen

Das Patriarchat sorgt dafür, dass der Staat in der Pandemie die Für- und Vorsorge ganz bequem auf privaten Schultern abladen kann. Ohnehin wird nur ein kleiner Teil der reproduktiven Arbeit gesellschaftlich organisiert, wie etwa ein Teil der Kinderbetreuung und -bildung. In der Pandemie waren es vor allem Mütter, die unter



den erschwerten Bedingungen bis weit über die Belastungsgrenze gearbeitet haben.

Das selbe gilt für die Wirtschaftskrise. Viele Arbeiter:innen waren durch Kurzarbeit erheblichen finanziellen Engpässen ausgesetzt. Frauen sind häufiger prekär beschäftigt, sie hatten oft schlicht kein Recht auf Kurzarbeit. Als flexibles Polster für das Kapital wurden viele Minijobberinnen und Arbeiterinnen in Teilzeit so kurzerhand gekündigt.

Deutschland ist europäischer Spitzenreiter, wenn es um die geschlechtergetrennte Arbeitseilung geht. Familien sind häufiger als in anderen Staaten von einem Lohn, dem des männlichen Brötchenverdieners, abhängig. Die Wirtschaftskrise betrifft Frauen nicht nur durch finanzielle Nöte, sondern auch mit der einhergehenden vermehrten finanziellen Abhängigkeit vom Mann. In Verbindung mit der grassierenden häuslichen Gewalt ist das eine höchst gefährliche Mischung.

Nimmt die Ampel uns diese Last?

Die Ampelkoalition hat im Wahlkampf so einiges versprochen. Alle Parteien haben sich auf irgendeine Weise zum „Feminismus“ bekannt. Das ist nicht einmal gelogen: „Feministisch“ kann ja auch bedeuten, sich dafür einzusetzen, dass das eigene Geschlecht die Chancen in einem ausbeuterischen Arbeitsmarkt weder verbessert noch verschlechtert.

Das ist aber nicht die Geschlechterbefreiung, für die der 8. März als Kampftag der Arbeiterinnen ins Leben gerufen wurde. Im Gegenteil: Der deutschen Kommunistin Clara Zetkin, die als Begründerin dieses Tages gilt, ging es um

etwas anderes.

Denn den Tag widmete sie dem Kampf um das Wahlrecht für Frauen, doch sie sagte auch: „Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat“. Das Frauenwahlrecht war ein wichtiger und zu der Zeit aktueller Anlass, aber Clara Zetkin widmete ihr Leben der Aufgabe, Arbeiterinnen zu organisieren, damit sie selbst ihre Forderungen durchsetzen können. Für die vollständige Verwirklichung dieser Forderung und für die Befreiung der Frau sah sie nur eine Möglichkeit: den Aufbau des Sozialismus.

Frauenstreik statt Feiertag!

Die Regierungsparteien nennen sich feministisch, weil sie auf den immer stärker werdenden Protest – etwa gegen das Abtreibungsverbot – reagieren müssen. Wenn jedes Jahr trotz der Pandemie mehr Frauen, nicht-binäre und trans Personen auf die Straße gehen, um für ihre körperliche Selbstbestimmung zu kämpfen, können sie das nicht unbeantwortet lassen. Den §219a StGB, das Werbeverbot, haben wir gemeinsam auf der Straße



Clara Zetkin zusammen mit Rosa Luxemburg (1910)

gekippt, das war kein plötzlicher Sinneswandel der SPD, die noch vier Jahre vorher ihren Reformvorschlag zurückzog!

Uns kann egal sein, wie viele Frauen im Kabinett mit daran beteiligt sind, menschenfeindliche Auslandseinsätze zu planen. Dass unter den Leuten, die die Situation von Minijobber:innen und Teilzeitkräften noch prekärer machen, auch weibliche Abgeordnete sind, ist kaum ein Fortschritt – denn damit zementieren sie die Abhängigkeit und prekären Lebensbedingungen tausender anderer Frauen.

Die selbsterklärte feministische Bundesregierung ist für uns keine Gelegenheit zum Ausruhen. Stattdessen gilt es ihr zu zeigen, dass wir uns mit symbolischen Akten nicht zufrieden geben. Während in unserem Nachbarland, der Schweiz, am 8. März ein Frauenstreik die größeren Städte lahmlegt, will die Berliner Landesregierung dem zuvorkommen und erklärte den Tag zum Feiertag. Das soll uns nicht aufhalten: Wir organisieren uns trotzdem und tragen unsere Forderung auf die Straße, wie es am 8. März Frauen auf der ganzen Welt machen.



Die Mietenprobleme können wir nur von unten lösen!

– Ein Kommentar von Julius Kaltensee –

Am 26. März findet auch dieses Jahr der „Housing-Action-Day“ statt. Warum wir eine Mieter:innenbewegung brauchen, die über die parlamentarischen Möglichkeiten hinausgeht und nur eine Vergesellschaftung die Probleme lösen kann:

In Deutschland spielt kaum ein Problem in den letzten Jahren eine ähnlich große Rolle wie das der steigenden Mieten. Im letzten Jahr wurde in Berlin der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co.

Enteignen“ durchgeführt. Über 56 Prozent sprachen sich für eine Enteignung der größten Wohnungsunternehmen aus. Ein klares Signal, obwohl der Reizbegriff „Enteignung“ bereits im Titel des Volksentscheids enthalten war.

Groß war die Hoffnung der Berliner:innen, dass sich nun etwas ändern könnte an den gigantischen Mietpreisen in ihrer Stadt. Passiert ist schlussendlich nichts. Franziska Giffey (SPD) ließ bereits vor ihrer Wahl zur Bürgermeisterin von Berlin durchscheinen, dass sie

nicht für Gespräche um das Thema Enteignung zu haben sei und zeigte damit hervorragend die grundlegenden Grenzen der parlamentarischen Möglichkeiten auf.

Es ist offensichtlich, dass ein kapitalistischer Staat, der sich dem Schutz des kapitalistischen Privateigentums per Grundgesetz verpflichtet hat, ein solches Unterfangen nicht umsetzen wird. Dass dieser sich weder um Demokratie noch um die Bedürfnisse und Ängste der Menschen schert.